

# DER »RUF DER WILDNIS« ALS STIMME DER VERNUNFT?

*Alle gewählten SenatorInnen des frisch gegründeten »Parlaments der Wildnis« entstammen jüngeren Generationen. Über wichtige Symbolik.*

KOLUMNE  
Thomas Weber

Man wolle sich nicht selbst Sand in die Augen streuen und »so tun, als hätten wir die Macht«, sagte Jakob Brossmann. »Was wir am Ende beschließen, ist kein geltendes Recht«, relativierte der gedankliche Gründer des »Parlaments der Wildnis«. »Noch nicht«, bestärkte Irmgard Griss das Publikum. Die ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs führte Ende April den Vorsitz, als sich im Rahmen des Festivals »Stimmen der Wildnis« in der alten St. Pöltner Glanzstofffabrik das Gremium gründete: als Versuch – und offene Frage –, wie sich Demokratie verändert, wenn wir die Natur als juristische Person mitdenken – »als utopischer Raum« (so der künstlerische Leiter des Festivals), »als Kunstprojekt« (so die pensionierte HöchstrichterIn). Damit kam die internationale Bewegung der Rechte der Natur – die bereits einzelne Flüsse in Südamerika und Neuseeland oder eine spanische Lagune als Rechtssubjekte etabliert hat – zeitgleich in Niederösterreich wie in der Bundeshauptstadt an, wo im Rahmen der Klimabiennale des Kunst Haus Wien ähnliche Themen verhandelt wurden. Wobei man in St. Pölten grundsätzlich an die Sache heranging: mit acht Artikeln als parlamentarischem Fundament. Den ersten Artikel brachte der Wiener Anwalt Thomas Wallentin ein, der Österreich als Mitinitiator der Europäischen Bürgerinitiative »Rights For Nature« vertritt. Artikel 1 lautet: »Ökosysteme werden als Rechtssubjekt anerkannt. Daraus abgeleitet sind das Recht auf Existenz, Erhalt und Regenerierung ihrer Lebenszyklen, Struktur und Funktionen.«

Im symbolischen Parlament selbst sind ausschließlich demokratisch gewählte junge BürgerInnen, vor allem SchulsprecherInnen, als SenatorInnen entscheidungsberech-

tigt. Sie hören Anträge, werden von ExpertInnen begleitet und entscheiden mit einfachen Mehrheiten. Wallentins Einwand, doch auch ältere SenatorInnen zuzulassen, blieb ungehört. Der Tenor: Junge repräsentieren jene Generation, die die Folgen heutiger Entscheidungen am stärksten tragen wird. Die Vorsitzende Griss wies darauf hin, dass überall sonst PensionistInnen über Gebühr repräsentiert würden. Eine weiterführende Diskussion wäre notwendig gewesen. Allein: Dafür fehlte die Zeit.

Die verhandelten Anträge aus der Zivilgesellschaft waren unterschiedlicher Qualität. Höchst konkret etwa der Antrag einer Bauernbündlerin, die Bodenversiegelung zu stoppen und den Bau der S 34 – »eine Idee, die nicht mehr in unsere Zeit passt« – endgültig abzusagen. Gut gemeint, aber undifferenziert esoterisch geschwurbelt wiederum der Antrag eines generellen Pestizidverbots bei gleichzeitiger Einführung eines Grundeinkommens für alle LandwirtInnen. Angenommen wurden alle elf Anträge, teils nach präzisierenden Abänderungsanträgen. Was bleibt? Neben einer Dokumentation des demokratischen Experiments (die PolitikerInnen »ans Herz gelegt werden« soll) jedenfalls acht grundsätzliche Artikel, die in der deutschsprachigen Rechte-der-Natur-Bewegung Anklang finden werden. Nicht zuletzt: begeisterte junge SenatorInnen, die in einem Initiativantrag auch die Bedeutung von Jugendkultur betonten. Für 2027 forderten sie als Begleitveranstaltung zum »Parlament der Wildnis« auch eine Party ein: ein »Rave der Wildnis« als Teil der politischen Praxis. Mögen die Forderungen Widerhall finden.



Thomas Weber,  
Herausgeber  
weber@biorama.eu